

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Reichshäusern und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,30 Mk., bei Vorbestellung 1 Mk. zusätzlich Abtrag. Alle Postbestellungen sind zu versehen mit dem Namen des Bestellers und der Adresse. Im Falle höherer Demoral., Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abrechnung erfolgt nur, wenn Porto beiläufig.

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Reklameweile im ersten Teil 100 Goldpfennig. Nachzahlungsgeld 20 Goldpfennig. Bezugspreis und Platzverhältnisse werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der durch die Redaktion eingereichten Angaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Reklamationsanspruch ist schriftlich, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Nr. 184 — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Volksrech.: Dresden 2640

Freitag den 8. August 1924

Ungewissheit.

Aber den Ausgang der Verhandlungen, die im englischen Auswärtigen Amt nunmehr unter Teilnahme der deutschen Vertreter begonnen haben, herrscht sowohl an der Themse wie an der Seine vorläufig noch vollständige Ungewissheit. Freilich machen sich sowohl optimistische wie pessimistische Propheten bemerkbar, aber anscheinend entbehren ihre beiderseitigen Prophezeiungen vorläufig jedweder festen Grundlage. In London soll die Ansicht vorherrschen, daß der wichtigere Teil der Beratungen sich nicht im Konferenzsaal abspielen wird, sondern vielmehr in die Ausschüsse oder schließlich in die direkte Aussprache der Deutschen mit den Franzosen und Belgiern verlegt wird. Der Haupt- oder einzige Punkt dabei ist die Frage, wie sich die deutsche Delegation mit den Franzosen und Belgiern über die militärische Räumung des Ruhrgebietes und über das rheinisch-westfälische Eisenbahnproblem einigen könnte. Vorläufig zeigen sich in dieser Richtung wenig Lichtpunkte, denn Ministerpräsident Herriot soll die militärische Räumung der Ruhr vor der französischen Kammer nicht verantworten wollen, wenn ihm dafür nicht weitgehende Konzessionen, etwa Zugeständnisse in der Verschuldungsfrage Frankreichs gegen England und Amerika, gemacht würden. Aber sowohl England wie die Vereinigten Staaten sollen eine Verkopplung der Ruhrfrage mit dem Schuldennachlaß ablehnen. Herriot hatte deshalb an seiner Forderung der zweijährigen Frist fest, die die Deutschen nicht einmal in Erwägung zu ziehen vermögen, weil ohne militärische Räumung zu einem annehmbaren Termin sich keine Mehrheit im Reichstage für die Dawes-Gesetze finden würde. Andererseits ist die Rede davon, daß die Deutschen zu Entgegenkommen anderer Art in der Frage geneigt seien, vielleicht zu einem günstigen Handelsvertrag mit Frankreich und Belgien. Aber wie gesagt, das sind Ungewissheiten und Gerüchte, keine Tatsachen.

Sanfter Zwang.

Aus London erfährt man, daß man dort mit der Vermeidung der Verhandlungen mit den deutschen Vertretern schon bis zum Wochenende rechnet. Macdonald habe erklärt, er könne vielleicht Sonnabend schon nach Schottland abfahren.

Es ist merkwürdig. Kaum sind die „großen Fünf“ oder die „großen Sieben“, wie die maßgebenden Herren von der Londoner Konferenz sich lieber in den Zeitungen nennen lassen, unter sich einig geworden, als sie plötzlich entdecken, daß vieles oder gar langes Reden zu nichts und wieder nichts gut sei. Man wolle den Deutschen keine ultimative Stellung stellen, noch weniger ihnen etwa ein Diktat zumuten; dazu ist man viel zu demokratisch, viel zu pazifistisch. Die deutsche Delegation ist selbstverständlich zu gleichberechtigter Teilnahme an den Verhandlungen nach London gebeten worden, aber sagt man nicht gerade in Deutschland so gern, daß in der Kürze die Würze liegt? Und die Herren Marx und Stresemann haben doch gewiß in Berlin sehr viele dringende Geschäfte zu erledigen, ebenso wie der Vorsitzende der Konferenz, Herr Macdonald, am Sonnabend nachmittag unbedingt nach Schottland fahren muß. Nicht in Geschäften allerdings, aber das „Besuch“ ist doch schließlich auch kein Pappenspiel, und wenn man sich nur in den letzten Wochentagen ordentlich ins Zeug legt, da kann man schon fertig werden mit den paar Beschlüssen, die noch der Zustimmung Deutschlands bedürfen. Man möchte und glaubt auch, die Deutschen in wenigen Minuten überreden zu können. Man übergibt ihnen mit dem liebenswürdigsten Gesicht ein Bündel Protokolle und Beschlüsse, bittet sie, sich die Sache nur ja recht schnell anzusehen und nur ja daran zu denken, daß der Sonderzug nach Schottland für den kommenden Sonnabend nachmittag um foundssoviel Uhr schon bereitsteht, und wünscht ihnen im übrigen viel Vergnügen in England. Was braucht es mehr, um die freundlichen Herren aus Berlin zufriedenzustellen? Sie werden doch keine Spielverderber sein wollen, zumal sie sich doch schließlich sagen müssen, daß auch Herr Herriot schon lange genug seine Pariser Amtsgeschäfte im Stich gelassen hat — und zumal sie sich auch das sagen müssen, daß im Grunde mit langem Parlamentieren nun doch nichts Wesentliches mehr zu erreichen ist. Also, wenn es gar nicht anders geht, macht gute Miene zum bösen Spiel, seid vernünftig und — unterschreibt.

Soll es wirklich so kommen? Die gute Dame des britischen Premierministers in allen Ehren, allen Respekt auch vor dem begreiflichen Widerwillen des Herrn Herriot, die Ansichten der deutschen Delegierten über die verbräuchliche Kriegsschuldlage des Versailler Schanddokuments mit anhören zu müssen — aber begreifen denn diese Herren nicht, trotz der trübten Erfahrungen, die ihre Vorgänger im Amt mit ihren Konferenzbeschlüssen gemacht haben, daß auch verschleierte Diktate vom Abbel sind, daß ein Ultimatum ein Ultimatum bleibt, auch

Die deutschen Gegenvorschläge

Großer Rat der Sechzehn.

London, 6. August.

In der Nacht auf heute arbeiteten die deutschen Vertreter die Antwort zu den bisherigen in London gefaßten Beschlüssen aus und überreichten sie als Denkschrift heute vormittag dem Generalsekretariat der Konferenz. Die deutsche Denkschrift enthält die angekündigten Einwendungen und Gegenvorschläge zu den Beschlüssen über die Sanktionsfrage, die Amnestie der Ruhr ausgewiesenen, die Termine und die Sicherheit der Durchführung der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes, die Sachlieferungen und die Transferbestimmungen. Das Begleitschreiben lautet:

Herr Präsident! Entsprechend der auf der gestrigen Sitzung getroffenen Verabredung beehre ich mich, Ew. Excellenz anbei Bemerkungen der deutschen Delegation zu den bisherigen Beschlüssen der interalliierten Kommissionen zu übersenden. Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hat es der deutschen Delegation nicht ermöglicht, sich über alle Einzelheiten der interalliierten Beschlüsse und ihre Tragweite ein rasches Urteil zu bilden. Ich bitte die Bemerkungen der deutschen Delegation, insbesondere ihre Verlautbarungen, unter diesem Gesichtspunkt betrachten zu wollen. Dabei nehme ich an, daß die noch erforderliche Klärung im Wege der gegenseitigen Aussprache herbeigeführt werden wird. Im übrigen gestatte ich mir, hervorzuheben, daß die vorliegenden interalliierten Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Delegation den mit der Inkraftsetzung des Sachverständigenplans zusammenhängenden Fragenkomplex nicht erschöpfen. Die deutsche Delegation muß besonders entscheidenden Wert darauf legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete zur Erörterung zu stellen. Andererseits hat der Herr Präsident der zweiten Kommission in seinem Begleitschreiben zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Heeresfachverständigen ein Verbleiben von 5000 französischen und belgischen Eisenbahnbediensteten auf bestimmten Strecken des linksrheinischen Rheins verlangen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß diese Forderung mit dem Sachverständigenplan nicht vereinbar ist.

Damit sind also die wichtigsten Fragen der Räumung und der Eisenbahnen direkt angeschnitten, und längeres Verweilen ist eigentlich nicht mehr am Platze. Als bald nach Überreichung der Denkschrift trat der neugebildete „Große Rat“ zusammen, der aus je zwei Vertretern der Ententemächte und aus den beiden deutschen Vertretern Reichskanzler Dr. Marx und Minister des Äußern Dr. Stresemann besteht, und im ganzen 16 Personen umfaßt. Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann waren gestern einer Einladung Macdonalds in seiner Eigenschaft als Konferenzleiter gefolgt, um mit diesem über beratungstechnische Fragen zu verhandeln. Auch eine Fühlungnahme über die Frage der militärischen Räumung ist bei dieser Gelegenheit anscheinend erfolgt.

In der Reparationskommission, die gesondert tagte, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Mehrzahl der juristischen Sachverständigen warnte die Repro, anzunehmen, daß die Fragen, die zwischen der Repro und den Deutschen verhandelt werden sollen, außerhalb der juristischen Beurteilung liegen. Die Meinungen gingen

sehr auseinander. Der Standpunkt der Juristen der Repro geht dahin, daß die Repro nur den Teil behandeln könne, der sich mit dem Friedensvertrage befaßt, sowie nur die Punkte des Dawes-Vorschlages, die außerhalb des Friedensvertrages liegen. Die Frage der Räumung wurde nicht berührt. Macdonald hat ebenfalls gestern im Unterhaus direkte Fragen Lloyd Georges zu diesem Gegenstand ausweichend beantwortet.

Die deutschen Vorschläge in französischem Lichte.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 7. August. Die französische Delegation ist, wie der „Matin“ feststellt, unangenehm berührt worden, auch wurde sie von einer „gewissen Maßlosigkeit“ der deutschen Forderungen überrascht. Der französische Sonderberichterstatter in London macht über den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge folgende Angaben: 1. Verschuldungen und Sanktionen: Die Reichsregierung schlägt vor, daß der amerikanische Delegierte, der den Vorsitz über das in Aussicht genommene Schiedsgericht führen soll, für sämtliche von der Reparationskommission behandelten Fragen, also auch für andere als diejenigen der Verschuldungen und Sanktionen zuständig sein soll. Außerdem beantragt die deutsche Regierung, daß ein deutsches Mitglied in das Schiedsgericht aufgenommen werden soll. 2. Die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes: Die Räumung der Wirtschaftskontrolle soll so schnell wie möglich, d. h. gleichzeitig mit den von deutscher Seite ergriffenen Maßnahmen erfolgen und nicht im Anschluß an sie. Die wirtschaftliche Räumung müsse spätestens am 1. Oktober d. A. durchgeführt sein. Die deutsche Delegation verlangt ferner, daß die Amnestie allgemeinen gegenseitigen Charakter habe und die Rheinlandkommission auf für Ausweisungsberechtigte verzichte. Schließlich umgebe die deutsche Delegation die Garantien für die 300-Millionen-Anleihe mit einer Reihe bestimmter Vorbehalte. 3. Naturalleistungen und Lieferungen: Ein Schiedsgericht läßt die deutsche Regierung nur für den Fall gelten, daß sie sich in dem Komitee der gleichen Anzahl von Stimmen gegenüberzieht, d. h. 3:3. Sie verlangt weiter Appellationsrecht. Die deutsche Abordnung lehnt das schiedsrichterliche Verfahren ab, das in Aussicht genommen ist, wenn eine Verständigung über eine eventuelle Abänderung des Sachverständigenplanes nicht zustande kommt. Sie widersteht sich ferner einer Verlängerung der Lieferungsfristen für Holz- und Farbstoffe über 1925 und Kohle und Woll über 1930 hinaus, ferner die Lieferung sämtlicher Produkte, die zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs erforderlich sind. Die im Versailler Vertrag nicht vorgesehenen Lieferungen müssen nach Auffassung der deutschen Delegation Gegenstand freier Abmachungen zwischen den deutschen und verbündeten Lieferanten sein.

Die gestrige Abend Sitzung

London, 7. August. Die gestrige Abend Sitzung der Vierzehn unter dem Vorsitz Macdonalds im Unterhause dauerte zwei Stunden. Der Rat der Vierzehn nahm den Bericht entgegen, der gestern bei den Besprechungen der Vertreter der einzelnen Nationen zustande gekommen ist. Dieser Bericht ergibt ein außerordentlich günstiges Bild der Lage. Der Rat der Vierzehn erörterte darauf die verschiedenen Teile des Memorandums. Eine weitere Sitzung wurde für heute vormittag 11,30 Uhr im Unterhause anberaumt. Gleichzeitig sind eine Reihe von neuen Komitees gebildet worden: ein politisches Komitee, ein Sachlieferungskomitee und ein Komitee zur Beratung der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit.

wenn es nicht mit Quimp- und Woyntreden, sondern mit einem Cio-Popela von leutseligkeitslosenden Redensarten serviert wird? Wie oft ist ihnen nicht von den Amerikanern — und übrigens auch von anderen vernünftigen Leuten — gesagt worden, daß nur die freie Zustimmung Deutschlands zu den Konferenzbeschlüssen eine wahre Lösung des Reparationsproblems bedeuten könne, daß den Anleihezeichnern mit gutem Gewissen nur dann der Rat gegeben werden könne, das Geschäft zu wagen, wenn man sich des guten, des wirklich guten Willens des deutschen Schuldners vergewissert habe. Und nun werden die deutschen Bevollmächtigten, kaum daß sie ihren Fuß auf britischen Boden gesetzt haben, mit einem Zwang zur Kürze und damit allein schon mit einem Zwang zur unbefehenen Annahme der Konferenzbeschlüsse empfangen, dem keine noch so liebenswürdige Maskierung den ultimativen Charakter nehmen kann. Wir wußten, daß unsere Delegierten einen schweren Gang antraten, als sie der freundlichen Einladung nach London Folge leisteten, aber daß ihnen der Zweck dieser Reise so schwer gemacht werden würde, war doch nicht vorauszu sehen. Jetzt befinden sie sich in einer Lage, um die sie nicht zu beneiden sind. Wenn sie nur der Stimme ihres Herzens folgen dürften, würden sie wohl über die Entscheidung, die sie zu treffen haben, sehr bald im reinen sein. Viele Deutsche werden meinen, daß auch der Versuch ihnen nicht erlauben darf, dem Verfahren zuzustimmen, das ihnen jetzt angedungen wird.

Sollen wir den Amerikanern vertrauen, die uns mehr oder weniger heimlich zulässern, in Zukunft könne doch nichts mehr gegen ihren Willen, gegen den Rat ihrer in allen wichtigen Kommissionen sitzenden Vertreter geschehen? Wir sollten uns nicht durch die mehr kläglich als kluglich ausgestülften Vorbehalte wiederum ins Vordachhorn jagen lassen, mit denen doch nur Herr Herriot vor Poincaré und Genossen sein Gesicht wahren wollte? Man braucht uns nicht erst zu sagen, wie ungeheuer die Verantwortung derjenigen ist, die für das deutsche Volk jetzt in London schicksalsschwere Entscheidungen treffen sollen. Aber dieses Volk wird selber erst durch seine Vertreter im Reichstag das letzte Wort zu sprechen haben — wer wollte im Ernst daran glauben, daß der Reichstag „Lösungen“ der Londoner Konferenz seine Zustimmung geben würde, die uns in wichtigen Punkten noch hinter die Rücklosigkeit des Versailler Vertrages zurückwerfen würden? Und wenn man das Volk in Neuwahlen erneut befragen wollte, was soll dann — von dem Ausfall dieses Experiments abgesehen — allein schon aus dem kurz bemessenen — d. h. natürlich für Deutschland kurz bemessenen — Zahlungs- und Lieferungsfristen werden, die in London schwarz auf weiß festgelegt worden sind? Es ist überflüssig, vollkommen überflüssig, weitere Fragen dieser Art aufzuwerfen. So geht es nicht, so geht es ganz bestimmt nicht. Hieraus folgt, daß man schon besser daran täte, den deutschen Delegierten mehr Raum und Zeit zu geben für wirklich Verhandlungen.